

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Angelegenheiten der neuen Länder (17. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/1551 –**

**Die wirtschaftliche Stärkung der neuen Länder – Voraussetzung für die
Gestaltung der Deutschen Einheit**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Luther, Dr. Angela Merkel,
Gerda Hasselfeldt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/1210 –**

Aufbau Ost endlich wieder richtig machen

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Türk, Rainer Brüderle,
Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/1542 –**

Aufbau Ost muss weitergehen

- 4. zu dem Antrag der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/1277 –**

**Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse und zur Herstellung
von mehr Rechtssicherheit in Ostdeutschland – „Chefsache Ost“**

A. Problem

Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer ist der Vereinigungsprozess mit dem Ziel der Gestaltung der inneren Einheit und der Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost- und Westdeutschland

nach Auffassung der antragstellenden Fraktionen noch nicht abgeschlossen. Dabei hat der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern eine herausragende Bedeutung.

B. Lösung

Annahme des Antrags der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mehrheit im Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags der Fraktion der CDU/CSU oder Annahme des Antrags der Fraktion der F.D.P. oder Annahme des Antrags der Fraktion der PDS.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/1551 – anzunehmen,
2. den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/1210 – abzulehnen,
3. den Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/1542 – abzulehnen,
4. den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/1277 – abzulehnen.

Berlin, den 3. November 1999

Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder

Dr. Paul Krüger

Vorsitzender

Dr. Mathias Schubert

Berichterstatter

Dr. Michael Luther

Berichterstatter

Werner Schulz (Leipzig)

Berichterstatter

Jürgen Türk

Berichterstatter

Gerhard Jüttemann

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Mathias Schubert, Dr. Michael Luther, Werner Schulz (Leipzig), Jürgen Türk und Gerhard Jüttemann

I. Verfahrensablauf

Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Die wirtschaftliche Stärkung der neuen Länder – Voraussetzung für die Gestaltung der Deutschen Einheit“ – Drucksache 14/1551 – wurde dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder in der 53. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. September 1999 zur federführenden Beratung und dem Finanzausschuss, dem Haushaltsausschuss und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Aufbau Ost endlich wieder richtig machen“ – Drucksache 14/1210 – wurde dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder in der 53. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. September 1999 zur federführenden Beratung und dem Finanzausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. „Aufbau Ost muss weitergehen“ – Drucksache 14/1542 – wurde dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder in der 53. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. September 1999 zur federführenden Beratung und dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion der PDS „Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse und zur Herstellung von mehr Rechtssicherheit in Ostdeutschland – „Chefsache Ost“ – Drucksache 14/1277 – wurde dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder in der 53. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. September 1999 zur federführenden Beratung und dem Innenausschuss, dem Rechtsausschuss, dem Finanzausschuss und den Ausschüssen für Wirtschaft und Technologie, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Arbeit und Sozialordnung, für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Inhalt der Vorlagen

Mit dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Bundesregierung aufgefordert werden, u.a. die erforderliche Förderpräferenz für die neuen Länder zuverlässig zu sichern und die staatlichen Hilfen beim Aufbau Ost auf hohem Niveau fortzusetzen sowie die bestehenden Förderinstrumentarien zu über-

prüfen und sie den Entwicklungsphasen in Ostdeutschland ständig anzupassen.

Mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU soll die Bundesregierung aufgefordert werden, in den aktuellen Haushalts- und Steuergesetzen eine eindeutige inhaltliche Priorität zum weiteren Aufbau der neuen Länder und zur schnelleren Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland zu setzen und hierzu ein koordiniertes Vorgehen innerhalb der Bundesregierung sicherzustellen.

Mit dem Antrag der Fraktion der F.D.P. soll die Bundesregierung aufgefordert werden, u.a. die Gesetze zu den „630-DM-Jobs“ und zur „Scheinselbständigkeit“ auszusetzen, die Einkommensteuerreform vorzuziehen und die Gewerbebeertragsteuer abzuschaffen. Des Weiteren sollen die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit zügig und in bisher geplantem Maße realisiert werden.

Mit dem Antrag der Fraktion der PDS soll die Bundesregierung aufgefordert werden, im engen Zusammenwirken mit den Regierungen der neuen Bundesländer unverzüglich einen Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West und zur Herstellung von mehr Rechtssicherheit in Ostdeutschland vorzulegen, der Maßnahmen u.a. zur Arbeitsmarktpolitik, zum Netz der sozialen Sicherungen, zur Wirtschaft, zur Ausbildung sowie zur kommunalen Selbstverwaltung enthält.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Hinsichtlich des Antrags der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Die wirtschaftliche Stärkung der neuen Länder – Voraussetzung für die Gestaltung der Deutschen Einheit“ – Drucksache 14/1551 – hat der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 27. Oktober 1999 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen; der Haushaltsausschuss hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 1999 mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen;

der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat in seiner Sitzung am 3. November 1999 mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Hinsichtlich des Antrags der Fraktion der CDU/CSU „Aufbau Ost endlich wieder richtig machen“ – Drucksache 14/1210 – hat der Finanzausschuss in seiner Sit-

zung am 27. Oktober 1999 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen;

der Haushaltsausschuss hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 1999 mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen;

der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat in seiner Sitzung am 3. November 1999 mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen;

der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat in seiner Sitzung am 29. September 1999 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Stimme der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen;

der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung vom 3. November 1999 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen;

der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat kein Votum abgegeben;

der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat in seiner Sitzung am 27. Oktober 1999 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Hinsichtlich des Antrags der Fraktion der F.D.P. „Aufbau Ost muss weitergehen“ – Drucksache 14/1542 – hat der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 27. Oktober 1999 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen;

der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat in seiner Sitzung am 3. November 1999 empfohlen, den Antrag mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abzulehnen;

der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung hat in der Sitzung am 3. November 1999 empfohlen, den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abzulehnen;

der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat in seiner Sitzung am 27. Oktober 1999 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen

der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Hinsichtlich des Antrags der Fraktion der PDS „Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse und zur Herstellung von mehr Rechtssicherheit in Ostdeutschland – „Chefsache Ost“ – Drucksache 14/1277 – empfehlen der Innenausschuss, der Rechtsausschuss, der Finanzausschuss, der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und der Ausschuss für Kultur und Medien jeweils mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimme der antragstellenden Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen. Das Votum des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen liegt nicht vor.

IV. Ausschussempfehlung

Der federführende Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder hat die vier Anträge in seiner 22. Sitzung am 3. November 1999 beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU hat dargelegt, dass für den weiteren wirtschaftlichen Aufholprozess in den neuen Ländern eine bessere Mittelverteilung erforderlich sei als zur Zeit vorgesehen. Es gehe nicht an, die Gemeinschaftsaufgabe Ost immer weiter zurückzufahren. Besonders negativ werde sich die geplante Änderung des Investitionszulagengesetzes auf die Ansiedlung von Unternehmen in Ostdeutschland auswirken, da hierdurch die Spielräume der ostdeutschen Entscheidungsträger bei der Förderung regionaler Entwicklung eingeschränkt würden. Zu beklagen sei auch, dass in den neuen Ländern Mittel, die zur Umsetzung von Forschungsergebnissen erforderlich seien, kaum zur Verfügung stünden. Dementsprechend fordere die Fraktion der CDU/CSU mit ihrem Antrag ein starkes Engagement der Bundesregierung für den Osten, das sich auch in Haushalts-, Steuer- und anderen wirtschaftlich relevanten Gesetzen niederschlagen müsse.

Die Fraktion der F.D.P. mahnte insbesondere die Fortsetzung der geplanten und teilweise bereits eingeleiteten Infrastrukturmaßnahmen in den neuen Bundesländern an. Dabei könne man nicht getrennte Netze in Ost und West aufbauen, die es schließlich zu verbinden gelte. Damit der Aufbau Ost nicht weiter behindert werde, müssten die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit im bisher geplanten Maße zügig realisiert werden. Hinsichtlich der geplanten Änderung des Investitionszulagengesetzes schlug die Fraktion der F.D.P. die Zahlung einer Investitionspauschale als geeignetere Alternative vor.

Die Fraktion der SPD verwies darauf, dass es beim Aufbau Ost um mehr als nur um Geld gehe. So gelte es, die Rechtsangleichung sowie die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen zu gewährleisten. Die Kritik der Opposition, der Bundeshaushalt 2000 sei ein „Sparhaushalt Ost“, müsse zurückgewiesen werden. Vielmehr sei auf die absolute Notwendigkeit zu verweisen, den Haushalt

des Bundes langsam, aber sicher zu sanieren. Zudem zeige das Programm „Innoregio“ sehr deutlich, dass es bei der Förderung Ostdeutschlands nicht allein um Quantität, sondern auch und vor allem um Qualität gehe. Gefördert würden auf diese Weise die Regionen, Bezirke und Kommunen, die sich aktiv für ihre eigene Weiterentwicklung einsetzten.

Die Fraktion der PDS brachte zu ihrem Antrag auf Drucksache 14/1277 einen Änderungsantrag mit nachfolgendem Wortlaut ein:

In der Drucksache 14/1277 wird der Teil b) im Abschnitt Rente und Versorgungsansprüche wie folgt neu gefasst:

„b) Vorschläge zur Umsetzung der Urteile des BVerfG zur Ostrentenproblematik bis zum 30. November 1999 vorzulegen und dabei nachstehende Grundsätze zu beachten:

- die vorläufige Zahlbetragsbegrenzung bei Ansprüchen und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR sind auch für bereits bestandskräftige Bescheide rückgängig zu machen,*
- die Entgeltbegrenzung unterhalb der allgemeinen Beitragsbemessungsgrenze für so genannte „staats- und systemnahe“ Versicherte für den Zeitraum ab 1. Juli 1993 für alle Bescheide aufzuheben,*
- die Bestandsrenten von Versicherten mit Ansprüchen aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen sind in Anlehnung an die Umwertung der Renten der Sozialversicherungspflicht- und freiwilligen Zusatzrentenversicherung neu zu berechnen,*
- die Bestandsschutzregelung entsprechend den Bestimmungen des Einigungsvertrages sind bis 30. Juni 1995 auszuweiten und die bestandsgeschützten Zahlbeträge ab dem 1. Januar 1992 nach Maßgabe der im Beitrittsgebiet angewandten Anpassungssätze zu dynamisieren,*
- die Grundsätze zur Überführung der Rentenansprüche für ehemalige Mitarbeiter des MfS/AfNS sind dahin gehend zu ändern, dass der das Durchschnittsentgelt im Beitrittsgebiet übersteigende Teil des tatsächlichen Arbeitsentgeltes nach Ausgliederung nachweislich überhöhter Bestandteile bis zur allgemeinen Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigungsfähig wird.“*

Im Übrigen erklärte die Fraktion der PDS, dass das Konzept der Bundesregierung für den Aufbau Ost nicht der Lösung der dortigen Probleme diene. Angesichts der nur geringen Erfolge der bisher ergriffenen Maßnahmen sei es erforderlich, neue Modellprojekte einzurichten.

Die Bundesregierung führte bezüglich der Anträge der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. aus, dass hinsichtlich der Defizite, die in den Anträgen aufgezeigt wurden, differenziert werden müsse. Soweit sie längerfristig bestehende Missstände beträfen, reichten die Ursachen in die Zeit hinein, in der diese Parteien Regierungsverantwortung getragen hätten; soweit kurzfristig entstandene Defizite bemängelt würden, träfen sie schlichtweg nicht zu.

In die Beratung im Ausschuss wurden 8 Petitionen mit einbezogen, die den Antrag auf Drucksache 14/1277 betrafen. Die Petitionen, die teilweise beispielhaft für weitere, ähnlich gelagerte Eingaben standen, beziehen sich auf die Bemessungsgrundlage in der gesetzlichen Rentenversicherung, das internationale Sozialversicherungsabkommen, die Rentenanpassung sowie auf die Regelungen zum Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz.

Nach Abschluss der Beratung hat der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder beschlossen, den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/1551 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS anzunehmen; den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/1210 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. abzulehnen; den Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/1542 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der PDS gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU abzulehnen.

Den Änderungsantrag der Fraktion der PDS zu ihrem Antrag auf Drucksache 14/1277 hat der Ausschuss gegen die Stimme der Fraktion der PDS mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt.

Den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/1277 hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion der PDS abgelehnt.

Berlin, den 3. November 1999

Dr. Mathias Schubert
Berichterstatter

Dr. Michael Luther
Berichterstatter

Werner Schulz (Leipzig)
Berichterstatter

Jürgen Türk
Berichterstatter

Gerhard Jüttemann
Berichterstatter

